

Volksstimme

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Pommern-Schlesien 10 mm 0,12 Zloty für die achtgealtene Seite, außerhalb 0,15 Zloty. Anzeigen unter Text 0,60 Zloty, von außerhalb 0,80 Zloty. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierteljährig vom 1. bis 15. 8. ca. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzstraße 6, sowie durch die Kolporteurs.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto B. R. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 1004

Der Völkerbund lehnt Woldemaras ab

Keine Untersuchung der polnisch-litauischen Grenzverhältnisse — Sicherheitsmaßnahmen nicht erforderlich

Genf. Der litauische Ministerpräsident Woldemaras hat bekanntlich am 23. Juli beim Generalsekretär des Völkerbundes einen Schritt unternommen, um die Anwendung von Sicherheitsmaßnahmen durch den Völkerbund zum Schutze gegen Grenzzwischenfälle anlässlich der polnischen Manöver an der litauisch-polnischen Grenze herbeizuführen. Die litauische Note war damals vom Generalsekretär des Völkerbundes gemeinsam mit der polnischen Antwortnote, die die Gefahr von Grenzzwischenfällen in Abrede stellte, dem Präsidenten des Völkerbundes, sowie dem Berichterstatter im Räte, dem holländischen Außenminister zur Entscheidung übermittleit worden, und zwar in Verfolg der Bestimmungen der Ratsentschlüsse vom 10. Dezember 1927 über die Regelung der polnisch-litauischen Beziehungen.

Der Generalsekretär des Völkerbundes hat nunmehr in einem Schreiben der litauischen Ministerpräsidenten davon in Kenntnis gesetzt, daß der gegenwärtige Ratspräsident der Berliner Gefandte von Columbian, de Ugüero Bethancourt, und

der holländische Außenminister im Hinblick auf die Erklärungen der polnischen Regierung eine Anwendung der in der Ratsentscheidung vom Dezember 1927 vorgesehener Sicherheitsmaßnahmen für den Fall drohender Grenzkonflikte nicht für erforderlich erachten.

Der Schritt der litauischen Regierung hat somit von seiten des Völkerbundes eine amtliche Absage erfahren. Der Ratspräsident und der Berichterstatter im Völkerbundsrat für die polnisch-litauischen Fragen haben sich auf den Boden der polnischen Note gestellt und entsprechend der Mitteilungen in der Note der polnischen Regierung die Notwendigkeit von besonderen Sicherheitsmaßnahmen nicht als gegeben angesehen. Wieweit diese Entscheidung des gegenwärtigen Ratspräsidenten der wahren Lage der Dinge an der polnisch-litauischen Grenze entspricht, dürfte erst die Zukunft lehren.

Ausflug in Brüssel

Mit einem Manifest an die „Arbeiter der ganzen Welt“ fand der dritte internationale Sozialistenkongreß in Brüssel seinen Abschluß. Es ist nicht gut möglich, keine Arbeiten im Rahmen eines Zeitungsartikels zu würdigen, wenn man die Fülle der Referate und der dort in der Debatte zum Ausdruck gebrachten Gedanken berücksichtigt. Aber ohne Voreingenommenheit wird auch der Außenstehende zugestehen müssen, daß die diesjährige Tagung der Internationalen sich im wesentlichen von den Kongressen der Vorkriegszeit unterschieden hat. Nicht mehr der optimistische Schwung und die Erwartung, daß alles so mit der Entwicklung von selbst kommen werde, und daß es nur eines Generalstreiks als Nachhilfe bedarf, um die bürgerliche Gesellschaftsordnung in eine sozialistische umzuwandeln. Mit aller Klarheit wurde die revolutionäre Aufgabe des Proletariats unterstrichen und doch alle realen Momente erwogen, die erst den politischen Sieg der Arbeiterklasse gewährleisten. Man kann diese Thesen, die besonders in dem Wirtschaftsreferat zum Ausdruck kamen, zusammenfassend in den Begriff „heran an den Staat“ kennzeichnen. Freilich nicht in dem landläufigen Sinne, um für einige Zeit Futterkruppenpolitik zu treiben, sondern hinein in die Regierung, um den sozialistischen Staat vorzubereiten. Wer den Weg und die Kampfesziele erfahren wollte, der konnte das Programm schon in der Eröffnungsrede hören, die der Diplomat und Minister, Genosse Henderson hielt. Er entwickelte ein Bild, welches in aller Klarheit die Hindernisse schilderte, die das internationale Proletariat zu überwinden habe, aber ohne jeden Optimismus unterstrich er, daß diese Arbeit geleistet wird, und daß der Vormarsch, der mit den Wahlkämpfen in diesem Jahre begann, unauffällig ist, und daß nicht nur in Deutschland, sondern recht bald auch in anderen Staaten wieder sozialistische Minister in den Regierungen sitzen werden. Und nicht mehr darum handelt es sich, dort zu sein, sondern im Rahmen des Möglichen sozialistische Vorarbeit zu leisten.

Aber Sozialismus ist nicht möglich ohne Demokratie und Frieden. Und so waren denn auch die Debatten auf diese Themen gespannt. Die Abrüstung war eigentlich mit das Hauptproblem, mit welchem man sich beschäftigte und wieweit auch darauf, daß selbst der Kelloggpaakt der Menschheit keinen Frieden bringen kann, wenn einzelne Mächte ihn so auslegen, wie dies jetzt den Anschein hat. Frieden, nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt kann und wird es nur geben, wenn die Arbeiterklasse die Politik der bürgerlichen Regierungen nicht nur beeinflussen, sondern auch leiten kann. Und hier erhebt sich sofort die Frage, was wird aus dem Völkerbund, der besonders in der Minderheitenfrage so glänzend verlagert hat. Nichts war also natürlicher, als daß das Manifest schon in den ersten Sätzen diese Frage aufnimmt und die volle freiheitliche Entwicklung der Minderheiten fordert und den Völkerbund besonders auf diese eminent wichtige Frage verweist. Aber es wird auch betont, daß der Völkerbund nur dann ein Friedensinstrument werden kann, wenn er bewußt die von der Internationale aufgestellten Richtlinien befolgt. Nur wenn der Völkerbund sich ernsthaft der Abrüstung annimmt und die Staaten auch zwingen kann, sie durchzuführen, ist der Frieden gewährleistet.

Mit der Abrüstungsdebatte eng verbunden war die Behandlung des Faschismus und der Diktatur in den einzelnen Ländern. Denn das Verjagen der Diktaturen läßt die Diktatoren leicht dazu verleiten, die Unzufriedenheit im Innern mit einer Entspannung nach außen zu verbinden und so bietet nicht nur Italien, sondern auch Litauen die Quelle der Kriegsgefahr, wobei die Halbdiktaturen in Jugoslawien, Rumänien, Ungarn und nicht zuletzt in Polen diesen kriegerischen Kräften bewußt Vorschub leisten. Nur wenn hier eine Wandlung zur Demokratie wieder Einkehr halten wird, ist die Voraussetzung zur Abrüstung und damit zum Frieden gegeben. Aber man unterschätzt hierbei nicht die Rolle Rußlands. Wieder wurde, wie bereits in Marseille unterstrichen, daß die Internationale jederzeit bereit ist den Heldenkampf des russischen Proletariats zu unterstützen. Aber man wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die Phantasien einer Weltrevolution, die nur aus einem neuen Weltkrieg hervorgehen kann, wie dies der letzte Kongreß der Komintern zum Ausdruck gebracht hat. Die Politik Sowjetrußlands trägt nicht wenig zur Kriegsgefahr bei und unterstützt die kapitalistischen Großmächte in ihrem Rüstungswahn. So ist durch die klare Kennzeichnung der Forderungen nicht nur der

Ein Riesenbrand bei Hamburg

1000 Flaschen Sauerstoff explodiert — Ein Sachschaden von über 1 Million Mark

Wilhelmsburg. Am Montag Nachmittag entstand in einem großen Lagerstuppen ein Brand, der sich mit ungewöhnlicher Schnelligkeit ausbreitete. Innerhalb weniger Minuten hand der riesige Stuppen, in dem einige 1000 Stahlflaschen mit Sauerstoff und Acetylen, sowie anderen Säuren, Chlor und großen Mengen von Erdnüssen, Futtermitteln und für über eine Million Mark Baumwolle der Hamburger Wollspinnereien lagerten, in hellen Flammen. Mit donnerndem Krachen explodierten die Stahlflaschen. Die Sprengstücke wurden hoch in die Luft geschleudert. In der Neuhofstraße wurde ein Zuschauer von dem Sprengstück getroffen und erlitt einen Bruch des Schulterblattes. Im Bering-Kanal liegende Schuten und andere Röhre sind durch das Feuer in Brand geraten. Brennendes Öl breitete sich auf dem Wasser aus und gefährdete die ganze Gegend. Bisher konnte der Brand nur mit Mühe gelöscht werden. Als Ursache wird Brandstiftung angenommen.

Wilhelmsburg. Der große Brand in der Kanalstraße konnte trotz äußerster Anstrengungen in den Spätabendstunden nur mit Mühe gelöscht werden. Neue Explosionen erfolgten andauernd. Die Beringstraße mußte abgesperrt werden. Auch die Straßenbahn konnte ihren Betrieb nicht aufrecht erhalten. Die Nachricht, daß Acetylen in dem Stuppen lagert, ist glücklicherweise nicht wahr. Fünf Arbeiter, die von einem benachbarten Hause zusehen wollten, wurden durch den Druck der Explosionen heruntergeschleudert, erlitten aber keinen Schaden. Der Schaden wird auf etwa zwei Millionen Mark geschätzt. Die Vermutung, daß Brandstiftung vorliegt, wird verstärkt durch die Tatsache, daß an der gleichen Stelle bereits vor einigen Tagen ein Feuer ausgebrochen war. Ob absichtliche oder fahrlässige Brandstiftung vorliegt, ist noch nicht ermittelt. In der Nähe der Brandstelle hat man Streichhölzer und angebrannte Zigaretten gefunden.

Englands Einigung mit Nanking

London. Das englische Außenamt veröffentlicht am Montagabend den Notenwechsel zwischen der Nankingregierung und dem britischen Generalkonsul in Shanghai über die Beilegung des Nankingzwischenfalles. Danach erklärt sich Außenminister Wang im vom 9. August datierten Schreiben, daß die Regierung die Zwischenfälle bedauernd und bereit ist, die volle Verantwortung dafür zu übernehmen, obwohl diese ausschließlich durch Kommunisten hervorgerufen wurden. Die an dem Zwischenfall beteiligte Division sei inzwischen aufgelöst worden. Schritte für die Bestrafung der Schuldigen seien eingeleitet. Schadenersatz werde geleistet werden. Wang legt sich für die Einlegung eines gemäßigten Ausschusses zur Festlegung der Höhe des Schadenersatzes ein. Ein weiteres Schreiben des Außenministers weist darauf hin, daß die Aufmerksamkeit der

englischen Regierung auf die Beschließung von Teilen des Hafens in Nanking durch einen britischen Kreuzer geleitet werde. Dieses ist vom britischen Generalkonsul dahin beantwortet, daß die Beschließung der Hafenteile zum Schutze der im Bereich der Stadt lebenden britischen Staatsangehörigen erfolgt sei. In einer dritten Schreiben drückte Außenminister Wang die Hoffnung aus, daß nunmehr ein neuer Abschnitt in den Beziehungen zwischen England und China beginnen werde und schlug vor, daß Schritte zur Revision der bestehenden Verträge auf der Grundlage der Gleichberechtigung und gegenseitigen Achtung getan werden. Der britische Generalkonsul erwiderte die Note dahin, daß die Berechtigung Chinas auf Abänderung der Verträge anerkannt werde und England bereit sei, mit der Nankingregierung in Verhandlungen darüber einzutreten.

„Weg von Locarno?“

London. Der „Manchester Guardian“ wendet sich in einem Leitartikel „Weg von Locarno“ sehr nachdrücklich gegen die Beteiligung britischer Truppen an den Rheinlandmanövern. Jedermann wisse, so sagt das Blatt, daß die Verwendung von Besatzungsarmeen auf deutschem Boden 9 Jahre nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages eines der Hindernisse für die Herstellung von Freundschaft und Vertrauen darstelle. Die Teilnahme britischer Truppen an den französischen Manövern im Bezirke von Trier sei wie kaum etwas anderes geeignet, die deutschen Gefühle aufzustacheln und zu entlammen. Das Blatt fragt, ob es sich hier lediglich um eine Taktlosigkeit handele oder ob den Beschluß politische Gründe veranlaßt hätten. In jedem Falle solle der zuständige Minister, nämlich der Kriegsminister, eine Erklärung abgeben. Die Teilnahme britischer Truppen an den Manövern sei im gegenwärtigen Augenblick aus zwei Gründen schwer verständlich: Einmal sei es sicher, daß die Rheinlandräumung auf der nächsten Tagung des Völkerbundesrates erörtert werde und zweitens stehe der Beschluß in bejemendenden Gegensatz zu Locarno.

Die Nettunoabkommen ratifiziert

Belgrad. Nach der Erklärung des festvertr. Außenministers Schumtowitsch schritt die Slupschina um 9 Uhr abends zur Abstimmung über die Annahme der Nettunoabkommen. Charakteristisch war, daß kein einziger kroatischer Abgeordneter, auch nicht die der Regierungspartei angehörenden Kroaten, bei der Abstimmung zugegen waren. Sie verließen kurz vor der Abstimmung den Saal und entschuldigten sich mit dringenden Geschäften. Für die Ratifizierung der Nettunoabkommen wurden 158 Stimmen abgegeben. Nach der Abstimmung wurde die Sitzung auf Dienstag vormittag vertagt.

Günstige Aufnahme der Pilsudskiredede

Warschau. Pilsudskis Rede ist in Warschauer politischen Kreisen allgemein günstig aufgenommen worden und wird auch in der Presse freundlich besprochen, obwohl sie wider Erwarten keinerlei politische Fragen behandelt. Mit Befriedigung wird allgemein das gesunde und frische Aussehen des Marschalls hervorgehoben. Ein Teil der Presseberichterstatter ist Montag Vormittag aus Wilna nach Warschau zurückgekehrt. Pilsudski ist noch in Wilna geblieben.

Polnisch-Schlesien

„Polens Stolz“

Es ist noch nicht lange her, da weckte in Warschau ein sehr gelehrter Amerikaner, dessen Liebhaberei das Studium des Gefängniswesens aller Staaten ist.

„Während meines 45jährigen Studiums und Tätigkeit auf dem Gebiete des Gefängniswesens habe ich kein zweites Gefängnis gesehen, das mit dem Warschauer verglichen werden könnte.“

Ueber diese Eintragung bekam der Gefängnisinspektor beinahe den Größenwahn und die polnische Presse geriet vollends aus dem Häuschen. „Eine große Auszeichnung sei das, frohlockte sie und bezeichnete das Mototower Gefängnis als den „Stolz Polens“ und unzählige Mengen von Czsyny wurden auf das Wohl dieses Polen so ehrenden Amerikaners eingeladen.

Nun hat der Amerikaner zwar gelagt, daß er kein solch zweites Gefängnis wie das Warschauer gesehen habe, aber nicht, ob ein so gut eingerichtetes oder umgekehrt. Und da weiß man wirklich nicht, was er überhaupt gemeint hat. Doch Inspektoren, besonders die von Gefängnissen, sollen intelligente Menschen sein, mit wenigen Ausnahmen.

Keineswegs wollen wir aber bestreiten, daß es William Baxter mit seiner Eintragung im anerkenntenden Sinne meinte. Warum soll vor seinem Besuch das Moskower Gefängnis nicht gründlich in Schuß gesetzt worden sein!

Es bröckelt weiter . . .

Der Fall der Pani Szymkowiakówna ist vorläufig geklärt. Gestern fand eine außerordentliche Delegiertentagung der polnischen Müttervereine statt, die nach der „Polonia“ sehr imponent verlaufen sein soll und mit dem hinauswurf aller renitenten Vorstandsmitglieder endete.

Jetzt wird der Kampf zwischen den beiden feindlichen Richtungen erst einsehen und schon heute kann gesagt werden, daß trotz aller Stimmungsmalerei der „Polonia“ doch eine Abbröckelung innerhalb der polnischen Müttervereine zugunsten der Sarracia bemerkbar macht.

Nicht viel besser sieht es in dem männlichen Korstantylager aus. Auch hier bröckelt es langsam aber anhaltend. So hört man, daß zwischen Korstanty und einer seiner festesten Stützen, dem Abgeordneten Kempka, es zu sehr schweren Differenzen kam, die vermutlich zu einem vollständigen Bruch führen werden.

Die Beschwerdeschrift des deutschen Volksbundes beim Völkerbund eingelaufen

Eine Auslandsagentur berichtet: Die neue Beschwerde des deutschen Volksbundes in Polnisch-Oberschlesien wegen der bevorstehenden Schließung mehrerer deutscher Minderheitsschulen, ist loben im Generalsekretariat des Völkerbundes eingetroffen. Es handelt sich bekanntlich um neue Maßnahmen der polnischen Behörden, die im Widerspruch zu der Genfer Minderheitenkonvention stehen.

Ueber den genauen Inhalt der Beschwerdeschrift werden von der Minderheitenabteilung des Völkerbundes, die mit der Mandatsabteilung die einzigen Völkerbundsabteilungen sind, in der noch keine deutschen Beamten sitzen, kategorisch abgelehnt. Es steht jedoch fest, daß die Beschwerde des deutschen Volksbundes auf der am 30. August beginnenden Ratssitzung zur Verhandlung gelangen wird.

Gesteigerte Kotsproduktion in Polnisch-Oberschlesien

Die Kotszerzeugung in Ost-Oberschlesien erreichte im ersten Halbjahr 1928 die Höhe von 829.000 Tonnen gegen 1.402.000 Tonnen im ganzen Jahre 1927. Die durchschnittliche Monatsproduktion betrug im ersten Halbjahr 1928 138.000 Tonnen d. i. 21.300 Tonnen mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Wohnungen für Militärpersonen

Vor zwei Monaten hat der Myslowitzer Magistrat einen Schneidermeister S., in der Klaskistraße 2a wohnhaft, ermittelt und die Wohnung einem Feldwebel zugewiesen. In Myslowitz befindet sich eine Kurage-Kolonie, bei der eine stattliche Anzahl Feldwebel und Offiziere beschäftigt sind, die aber jeden Augenblick verschoben werden, und bei jeder Verschiebung taucht von neuem die Wohnungsfrage für die Abkommandierten auf.

Vor dem Kriege hatten wir in dem jetzigen polnisch-oberschlesischen Industriegebiet wenig Militär gehabt. Wie groß die polnische Militärmacht in unserer engeren Heimat gegenwärtig ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Es wird von einer Division gesprochen. Jedenfalls sind in den größeren Industriegebieten wie Kattowitz, Königshütte und vielen anderen, größere bzw. kleinere Militärabteilungen untergebracht.

Militärpersonen, wie Offiziere, alle Militärbeamten und alle verheirateten Unteroffiziere haben, nach dem Gesetz vom 15. Juli 1925, das Recht, eine entsprechende Wohnung anzufordern, und das Garnisonkommando hat entsprechende Anordnungen zu treffen. Gewöhnlich wird so vorgegangen, daß das Garnisonkommando die Gemeindeverwaltung auffordert, eine Wohnung, bestehend aus Küche und so und so viel Zimmern, innerhalb eines Monats zu beschaffen.

der Export hat sich gehoben. An Britetts wurden im ersten Halbjahr 1928 128.000 Tonnen gegen 247.000 Tonnen im ganzen Jahre 1927. Vergleichsweise betrug die Kotszerzeugung in Deutsch-Oberschlesien im ersten Halbjahr 1928 690.000 Tonnen gegen 1.238.000 Tonnen im Jahre 1927 und die Britetproduktion im ersten Halbjahr 1928 172.000 Tonnen.

Aus der Arbeitsgemeinschaft ausgetreten

In einer am Sonntag stattgefundenen Konferenz der Metallarbeiter des Polnischen Zentralverbandes wurde beschlossen, aus der Arbeitsgemeinschaft auszutreten und ein Kartell der Klassenkampfvereine ins Leben zu rufen.

Erneut freigesprochen

Gegen die erfolgte Freisprechung des Redakteurs Jan Kustos vom „Glos Gornego Slonska“, welcher während den Sejm- und Senatswahlen unter der Bezeichnung „Baczosc Gornoslonski“ ein Frage- und Antwortspiel veröffentlicht hatte, legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein, so daß dieser Presseprozeß vor dem Kattowitzer Gericht erneut zum Austrag gelangte.

Herr Kubik berichtet . . .

Zu unserem gestrigen Artikel „Wo wird dem Streikbruch gehuldigt?“, schickt uns Herr Gewerkschaftssekretär Kubik von der Polnischen Berufsvereinigung folgende lakonische Berichtigung zu:

Oświadczenie.

Nieprawda jest, jakobym miał Panu Dyrektorowi Tarnowskiemu oświadczyć, że się wystaram oto, że murarze w hucie Bismarka i Falwy nie będą strajkowali.

Natomiast prawda jest, że tego rodzaju oświadczenia Panu Dyrektorowi Tarnowskiemu nie dałem. Pawel Kubik, Sekretarz Związku Metalow. Z. Z. P.

Wir haben keine Ursache, die Berichtigung des Herrn Kubik nicht aufzunehmen, verweisen ihn aber darauf, daß wir die Informationen bezüglich seiner Person von der Streikleitung der Hüttenmänner haben. Das nur, um Mißverständnissen vorzubeugen.

Kattowitz und Umgebung

Planlosigkeit . . .

Als Herr Dr. Dombrowski den Vorsitz der kommissarischen Stadtverordnetenversammlung übernahm, hielt er eine nicht schlechte Rede über Pflichten des Vorsitzenden, der Stadtverordneten, und gelobte gewissenhaft für die Interes-

die Wohnung hergenommen werden, da doch in der ganzen Gemeinde keine einzige aufzutreiben ist. Wird dem Befehl nicht Folge geleistet und keine Wohnung zugewiesen, so sucht die Staroste eine Wohnung auf Kosten der betreffenden Gemeinde und zwar so lange, bis eine solche gefunden wird. Nach dem zitierten Gesetze ist die Gemeinde verpflichtet, zuerst im eigenen Hause eine Wohnung freizumachen, ist aber keine solche vorhanden, dann hat die Gemeinde auf eigene Kosten eine Wohnung zu mieten. Ein Requirierungsrecht besteht nach dem Gesetze nicht. Die Gemeinde hat eine Wohnung zu beschaffen, darf aber niemanden delogieren, d. h. niemanden auf die Straße setzen. In Myslowitz erfolgte die Ermittlung des Schneidermeisters S. nicht auf Grund des Militärgesetzes, weil dieses Gesetz von einer Ermittlung nichts sagt, sondern auf Grund des schlesischen Mieterchutzgesetzes. Nach dem schlesischen Gesetze hat die Gemeindeverwaltung ein Vetorecht beim Vermieten einer Wohnung. Der Schneidermeister S. in Myslowitz wohnte anfangs als Mieter in der fraglichen Wohnung, und als dann der frühere Mieter ganz ausgezogen ist, behielt er gleich die Wohnung für sich. Inzwischen kam die Aufforderung vom Garnisonkommando, einem Feldwebel eine Wohnung zu beschaffen, woraufhin sich der Magistrat auf die Wohnung des Schneidermeisters S. erinnerte und die Ermittlung auf Grund des schlesischen Mieterchutzgesetzes anordnete. Hat die Gemeinde für eine Militärperson eine Wohnung ausgesucht, so erhält sie vom Staatsschatz in Monatsraten, selbstverständlich im nachhinein, den Mietszins gezahlt. Die Höhe der Miete bestimmt das Gesetz und sie beträgt beispielsweise für Kattowitz für ein Zimmer mit Küche monatlich 23 Zloty, für 2 Zimmer und Küche 35 Zloty, für 3 Zimmer und Küche 50 Zloty, für 4 Zimmer und Küche 70 Zloty, und für ein Junggesellenzimmer 15 Zloty. Da für dieses Geld selten eine Wohnung zu haben ist, so muß hier jemand zahlen, und da der Hausbesitzer vom Zahlen nichts wissen will und der Staat selbstverständlich auch nicht, so ist die Gemeinde in diesem Falle die Leidtragende. Sie muß in den Gemeindefäden greifen und für die Herren Offiziere und Feldwebel einen Teil der Miete zahlen. Die Vorrechte des Militärs gehen hier ziemlich weit, da Militärpersonen eine Wohnung bekommen müssen, gleichgültig, ob welche am Orte vorhanden sind oder nicht, und sind vor jeder Steigerung des Mietszinses für immer geschützt, weil die Höhe der Miete durch das Gesetz für immer festgesetzt wurde. Die Lasten fallen hier wiederum dem „schäbigen Zivilisten“ zu, der für die Herren Offiziere selbst die Miete zahlen muß.

sen der Stadt einzutreten. Wir wollen nun nicht bestreiten, daß Herr Dr. Dombrowski seine Pflicht nicht getan hätte, aber wir wünschen, er möchte seine Pflichten etwas planmäßiger gestalten. Noch nie hat es so ein Durcheinander bei den öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung gegeben, als gerade jetzt. Und auch nirgends ist das der Fall, als gerade in der Wojewodschaftsmetropole. Da wird die Sitzung für 5 Uhr angesetzt, aber sie beginnt tatsächlich um 6 Uhr oder gar um 7 1/2 Uhr. Das war fast bei allen bisherigen Sitzungen der kommissarischen Rada der Fall. Gestern dagegen fiel die angelegte Sitzung vollständig aus, nachdem Pressevertreter und Publikum auf den Beginn eine Stunde gewartet haben. So darf man die Deffentlichkeit nicht traktieren, Herr Stadtverordnetenvorsteher, sie so an der Nase herumzuführen. Die gestrige Sitzung fiel aus wegen Beschlussunfähigkeit, weil nur 6 von den 15 Stadtverordneten sich einstellten, und davon noch zwei, als sie die Situation erfaßten, sich drückten. Die Sitzung wurde ursprünglich für den kommenden Freitag bestimmt, plötzlich aber für gestern verlegt. Herr Dr. Dombrowski mußte doch wissen, daß die Stadtverordneten auch etwas anderes zu tun haben, als auf seine planlosen Anordnungen zu warten. Sie haben doch ihre Berufe und müssen über ihre Zeit disponieren. Daß dann dieser oder jener von ihnen nicht erscheint, ist verständlich, und eine Folge davon ist eben die Beschlussunfähigkeit. In der vorletzten Sitzung wäre es beinahe so gegangen, aber nach langem Suchen trieb man schließlich den fehlenden Stadtverordneten auf. Schuld an der ganzen Misere ist auch, daß der Vorbereitungsausschuß nicht an einem anderen Tage zusammentritt, sondern kurz vor der öffentlichen Sitzung. Das ist sonst nirgends Brauch, und dadurch werden die endlosen Verspätungen verursacht, über die die Presse, das Publikum und selbst die Stadtverordneten wenig erbaut sind. Hier muß unter allen Umständen eine Veränderung zum Bessern eintreten. Vermag dies aber Herr Dombrowski nicht, dann soll er sich lieber seiner Advokatur widmen und nicht kommunalen Angelegenheiten, die er nur schwer zu meistern versteht.

Regelung des Straßenbahnverkehrs Ring-Schloßstraße.

Im Interesse eines gesicherten Fußgängerverkehrs auf dem Teil ulica Zamkowa — Ring in Kattowitz, beabsichtigt das städtische Tiefbauamt in den nächsten Tagen zunächst eine probeweise Aenderung des Straßenbahnverkehrs an dieser verkehrsreichen Stelle vorzunehmen. Die Aenderung des bisherigen Straßenbahnverkehrs an der Mündung ulica Zamkowa — Ring soll in der Weise vorgenommen werden, daß die aus Richtung Königshütte und Laurahütte herankommende Bahn nicht wie bisher auf dem Ausweiche-Gleis in der Mitte der Straße hält, sondern die Fahrt auf dem eigentlichen Gleis fortsetzt, damit die Fahrgäste auf dem linken Bürgersteig an der Ostseite aussteigen können, ohne daß ihre Sicherheit gefährdet und andererseits der Räderverkehr nicht behindert wird. Das Besteigen der Straßenbahn erfolgt wie bisher am Ring, jedoch setzt diese ihre Fahrt über das Ausweichegleis nach der Richtung Königshütte bezw. Laurahütte fort. Sofern die Probefahrten der Straßenbahn ein günstiges Resultat ergeben sollten, wird diese Art der Straßenbahnverkehrsregelung an der fraglichen Stelle für ständig durchgeführt. Diese Neuregelung wird durch die im Zusammenhang mit der Umpflasterung der ulica Kratowska im Ortsteil Zawodzie zu erfolgende Umleitung des Auto- und Wagenverkehrs über Boguschiez und die ulica Zamkowa bedingt und als erforderlich angesehen.

Nach einer weiteren Bekanntgabe des städtischen Tiefbauamtes, welche im Zusammenhang mit der Regelung des Auto- und Fuhrwerksverkehrs am Plac Wolnosci erfolgt, ist die Durchfahrt über die ulica Slowackiego und Mlynsta für

Der gesunde Schauspielberuf

Obgleich der Beruf des Schauspielers so große Anforderungen an die körperlichen und seelischen Kräfte stellt, ist es doch schon öfters aufgefallen, daß die Schauspieler im allgemeinen dieses aufreibende Leben gut überleben und daß sie ein ungewöhnlich hohes Alter erreichen. Auch die Zahl der Geisteskrankheiten und Selbstmorde ist bei ihnen gering. Prof. Julius Heller geht nun diesem Problem in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ nach, in dem er die Paralyseerbllichkeit der hervorragenden Bühnenkünstler Deutschlands untersucht. Auf Grund der ausführlichen Lebensbeschreibungen in den Bühnenlexikon und Theaterzeitungen hat er die Krankheiten von 1429 bedeutenden Schauspielern statistisch verwertet und bei ihnen nur 22 Fälle von Paralyse, also 1,5 Prozent, festgestellt. Dieser Prozentsatz ist überaus gering. Es ergibt sich daraus, daß etwa alle vier Jahre ein prominenter Bühnenkünstler in der Zeit von 1785 bis 1870 an dieser Folgeerscheinung der Syphilis gestorben ist. Nach der Wahrscheinlichkeitsrechnung kann man annehmen, daß von den syphilitischen Bühnenkünstlern nur 3,5 Prozent der Paralyse erliegen sind; das ist im Verhältnis zu dem überaus nicht sehr großen Prozentsatz sehr wenig. Prof. Heller erklärt diese Erscheinung daraus, daß in der Bühnenlaufbahn überhaupt nur körperlich und geistig hervorragend ausgestattete Menschen ausgezeichnetes leisten. Sodann aber besitzen die Schauspieler in ihrer Kunst die Möglichkeit, ihre Leidenschaften beruflich abzureagieren; sie finden in ihrem Spiel einen Ausweg, um sich von ihren Erregungen zu befreien, und so fehlt bei ihnen die Verdrängung, die sonst die Entstehung von Geisteskrankheiten begünstigen kann. Der Gelehrte zieht daraus die allgemeine Folgerung, daß die Häufigkeit der Paralyse in den einzelnen Volkstufen nicht so von äußeren Umständen, wie der Behandlungsart u.ä. abhängt, sondern konstitutionell begründet ist.

Was der Rundfunk bringt.

Kattowicz — Welle 422.

Mittwoch, 10.15: Übertragung des Gottesdienstes. 16: Vorträge. 17: Volkstümliches Konzert, übertragen aus Krakau. Anschließend: Berichte.

Donnerstag, 16.40: Berichte. 17: Schallplatten. 17.25: Vortrag. 18: Übertragung aus Wilna. 19.30: Vortrag. 20.30: Übertragung aus Warschau. 22: Die Abendberichte. 22.30: Tanzmusik.

Krakau — Welle 422.

Mittwoch, 10.05: Übertragung aus der Posener Kathedrale. 12: Verschiedene Berichte. 16.30: Stunde für die Jugend. 17: Übertragung aus Warschau. 18.50: Vorträge. 20.30: Abendkonzert. 22: Übertragung aus Warschau.

Donnerstag, 13: Die täglichen Berichte. 17: Schallplattenkonzert. 17.25: Stunde der Frau. 18: Übertragung aus Wilna. 19.30: Vortrag. 20.30: Programm von Warschau. 22.30: Konzert.

Posen Welle 344,8.

Mittwoch, 10.15: Übertragung aus der Posener Kathedrale. 13: Schallplattenkonzert. 17: Sinfoniekonzert, übertragen aus Warschau. 18.30: Vortrag, übertragen aus Warschau. 20.15: Volkstümliches Konzert von Warschau. 22: Die Abendberichte. 22.40: Tanzmusik.

Donnerstag, 7: Morgengymnastik. 13: Zeitzeichen und Schallplattenkonzert. 18: Literaturstunde, übertragen aus Wilna. 19.30: Vortrag. 20.30: Orgelkonzert. 21: Vokal- und Instrumentalmusik. Anschließend die Abendberichte.

Warschau — Welle 1111,1.

Mittwoch, 10.15: Übertragung aus der Posener Kathedrale. 12: Die täglichen Berichte. 16: Vorträge. 17: Konzert der Warschauer Philharmonie. 18.50: Vorträge. 20.15: Abendkonzert.

Donnerstag, 13: Berichte. 17: Vorträge. 18: Literaturstunde, übertragen aus Wilna. 19.30: Vortrag. 20.30: Solistenkonzert. Anschließend die Abendberichte und Tanzmusik.



Brandkatastrophe in der Pfalz

Am 9. August entstand in dem Marktleden Luhe bei Weiden durch eine schadhafte Drechselmaschine ein Brand, der in kurzer Zeit 45 Wohnhäuser und 60 Nebengebäude einäscherte. Wassermangel und Sturm vereitelten das Rettungswerk der aus dem Nachbarorten herbeigeeilten Feuerwehren.

Gleiwitz Welle 329,7.

Breslau Welle 322,6.

Allgemeine Tageseinteilung.

11.15: (Nur Wochentags) Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12.20—12.55: Konzert für Versuche und für die Zuntindustrie auf Schallplatten. *) 12.55 bis 13.06: Neuerer Zeitzeichen. 13.06: (nur Sonntags) Mittagsberichte. 13.30: Zeitanzeige, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13.45—14.35: Konzert für Versuche und für die Zuntindustrie auf Schallplatten und Zuntwerbung. *) 15.20—15.35: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Preisnachrichten (außer Sonntags). 17.00: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonntags und Sonntags). 19.20: Wetterbericht. 22.00: Zeitanzeige, Wetterbericht, neueste Presseberichte, Zuntwerbung *) und Sportfunk. 22.30—24.00: Tanzmusik (ein- bis zweimal in der Woche).

*) Außerhalb des Programms der Schlesischen Zuntstunde A-G.

Mittwoch, 15. August. 16.00—16.30: Jugendstunde. 16.30 bis 18.00: Unterhaltungskonzert. 18.00—18.30: Übertragung aus Gleiwitz: Dichterstunde. 18.30—18.55: Übertragung von der Deutschen Welle Berlin: Hans Bredow-Schule. Abt. Sprachschule. 19.25—19.50: Wirtschaftliche Zeitfragen. 19.50—20.15: Blick in die Zeit. Erich Landsberg. 20.15: Mädi.

Donnerstag, 16. August. 16.00—16.30: Stunde mit Büchern. 16.30—18.00: Unterhaltungskonzert. 18.00—18.25: Schlesischer Verkehrsverband. 18.30—18.55: Übertragung aus Gleiwitz: Zeitlupebilder aus Oberschlesien. 19.25—19.50: Stunde der Deutschen Reichspost. 19.50—20.15: Stunde der Arbeit. 20.30: Das Land der Verheißung. 22.00: Die Abendberichte und Zunttechnischer Briefkasten.

Mitteilungen

des Bundes für Arbeiterbildung

Kattowicz. Am Dienstag, den 14. August 1928, 7 1/2 Uhr abends, findet im Zentralthotel, Zimmer 11, eine Vorstandssitzung der Ortsgruppe Kattowicz statt, wozu die Vertreter sämtlicher Kulturvereine, auch der Gewerkschaften, hiermit eingeladen werden. Einziger Punkt der Tagesordnung: Sommerfest am 19. August 1928 in Sadole.

Königshütte. Der Bund für Arbeiterbildung Kral. Suta hat beschlossen, am Sonntag, den 19. d. Mts., einen Auszug nach Gleiwitz zu unternehmen. Es ist eine Tages-tour gedacht. Beabsichtigt wird die Besichtigung des Gleiwitzer Museums, Senders und verschiedene andere Sehens-

würdigkeiten. Die Führung übernehmen die freien Gewerkschaften. Da die Zahl der Interessenten angegeben werden soll, werden unsere Genossen und Genossinnen gebeten, sich zu diesem Zweck beim Vorsitzenden Genossen Ohel oder im Büro des Deutschen Metallarbeiterverbandes vorzumerken zu lassen.

Veranstaltungskalender

Freidenker.

Am Sonntag, den 19. August dieses Jahres, veranstalten die oberschlesischen Freidenker einen Ausflug nach den Spielwiesen in Idawische. Treffpunkt um 8 Uhr am Volkshaus in Königshütte. Haupttreffpunkt um 9 Uhr am Bahnhof in Wieleke Hajduki. Abmarsch vom Bahnhof 9.10 Uhr. Für Musik und Unterhaltung ist gesorgt. Bei ungünstigem Wetter ist außer der Mitgliederversammlung um 10 Uhr eine Bezirksvorstandssitzung im Volkshaus Königshütte.

Zawodzie. Bergarbeiter. Am Mittwoch (Maria Himmelfahrt), den 15. d. Mts., vormittags 9 1/2 Uhr, findet hier die fällige Monatsversammlung des Verbandes der Bergarbeiter, Zahlstelle Zawodzie-Bogutshütze statt, im Restaurant bei Herrn Wuschol. Referent zur Stelle.

Siemianowicz. Parteigenossen, Arbeiterwohlfahrt, Gewerkschaftskollegen! Am Mittwoch, den 15. August, nachmittags 3 Uhr, findet im Generalkischen Lokal, Richterstraße, eine Mitgliederversammlung der D. S. A. P. und der Arbeiterwohlfahrt statt, zu der wir auch die freien Gewerkschaften, sowie die Ortsgruppen von Bytkow, Miakowicz und Cichonau freundlichst einladen. Ref.: Sejmabgeordneter Genosse Kowol.

Sawientoslowicz. Mittwoch, den 15. August, vormittags 9.30 Uhr, Monatsversammlung der D. S. A. P. Lokal Scholtjef. Referent: Gen. M a k k e.

Lipine. Bergarbeiter. Am 15. d. Mts. (Maria Himmelfahrt), vormittags 9 1/2 Uhr, findet im Restaurant Morawiek in Lipine eine Mitgliederversammlung des Deutschen Bergarbeiterverbandes statt. Referent zur Stelle.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Kattowicz; für den Inseratenteil: Anton Rzytki, wohnhaft in Kattowicz. Verlag: „Freie Presse“, Sp. z ogr. oap., Kattowicz; Druck: „Vita“, naklad drukarski, Sp. z ogr. odp., Kattowicz, Kosciuszki 29.



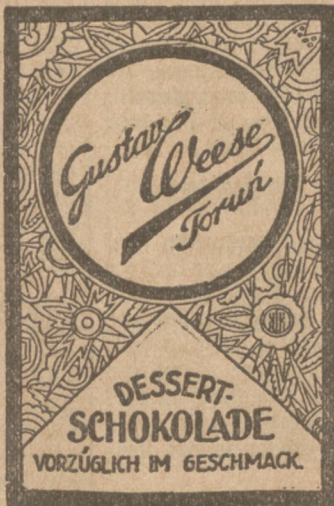
Erst Erdal,
dann ein Bürstenstrich,
Schon glänzt der Schuh
fein säuberlich.

Erdal

Werbet ständig neue Leser!



PALMA



Central-Hotel · Kattowitz

Dworcowa 11 (Bahnhofstraße)

Treffpunkt aller Gewerkschaftler und Genossen

Angenehmer Familien-Aufenthalt :: Gesellschafts- und Versammlungsräume vorhanden

Gutgepflegte Biere und Getränke jeglicher Art
Vortrefflicher Mittagstisch. Reiche Abendkarte

Um gest. Unterstützung bittet die Wirtschaftskommission
J. A.: August Dittmer

